

BOYKOTTDISKUSSION

Wenn die Früchte bitter schmecken

Die vorliegende WOZ-Ausgabe enthält eine Beilage, in der zum Boykott israelischer Produkte aufgerufen wird. Wenn früher südafrikanische Rugbyteams boykottiert wurden und heute keine israelischen Orangen mehr gekauft werden sollen, braucht das eine genaue politische Diskussion.

VON STEFAN HOWALD

In den siebziger Jahren verzichteten viele auf die giftgrünen Granny-Smith-Äpfel aus dem Apartheidstaat Südafrika. War das mehr als eine Beruhigung des schlechten Gewissens? Und schadet heute der Boykott von israelischen Produkten nicht auch der palästinensischen Bevölkerung, die von der israelischen Wirtschaft abhängig ist?

Durch die internationalen Südafrika-Boykotte ab den achtziger Jahren «entstand ein neues Politikverständnis», meint die langjährige Antipartheidaktivistin Mascha Madörin. «Auf den Flugblättern stand nicht nur, wie schlimm Apartheid war, sondern auch immer die Botschaft, dass jede und jeder etwas dagegen tun kann.» Etwas dagegen tun: Das ist auch der Anspruch der neuen Boykottkampagne unter der Parole: «Israelische Produkte? Nein, danke!»

Boston, Indien, Süafrika

Solch aktive Verweigerung als politisches Druckmittel steht in einer ehrwürdigen Tradition. Die erste Staatsverfassung der Moderne entsprang einem Warenboykott: Die Kolonisten in Nordamerika warfen englischen Tee ins Hafengebiet von Boston und postulierten dann noch vor der Französischen Revolution die Freiheit und Gleichberechtigung aller Menschen (die vorläufig noch mit den Männern gleichgesetzt wurden). Frauenrechtlerinnen boykottierten um 1900 Geschäfte, deren Inhaber das Frauenstimmrecht nicht unterstützen wollten; in den zwanziger Jahren boykottierte die indische Unabhängigkeitsbewegung unter Mahatma Gandhi englische Waren. Im lokalen Rahmen haben Protestgruppen immer wieder Mietzins- oder Laden- oder Stromrechnungsboykotte organisiert.

Der Begriff selbst geht auf Charles Cunningham Boycott zurück, einen in Irland lebenden englischen Grundstücksverwalter, der durch eine einheimische Protestaktion 1880 keine Pächter mehr fand. Es gibt auch das infame Gegenbeispiel: «Boykottiert jüdische Geschäfte», forderten die Nazis und bereiteten damit den Völkermord vor.

Der Boykott gegen das Apartheidregime in Südafrika bleibt das beste aktuelle Beispiel für Bedingungen und Erfolgchancen dieser Protestform. Mascha Madörin hat dazu vor ein paar Jahren eine Auswertung der Erfahrungen aus der internationalen Südafrika-Boykottbewegung vorgelegt.* Die internationale BDS-Kampagne zum Boykott israelischer Produkte beruft sich ausdrücklich auf die Antipartheidkampagne, etwa im Slogan «Boycott Apartheid – Made in Israel». Ihr Name BDS setzt sich aus den Anfangsbuchstaben dreier Aktionsformen zusammen: Boykott, Desinvestitionen (also Rückzug von Investitionen), Sanktionen.

Sanktionen können der Sache nach vor allem von Staaten oder internationalen Organisationen verhängt werden. Mittlerweile hat sich ein internationaler Standard eingependelt, der sich an Aushandlungen innerhalb der Uno

orientiert. Von einzelnen Staaten verhängte Sanktionen dienen zumeist den eigenen politischen Interessen, etwa die skandalösen, beinahe fünfzigjährigen Sanktionen der USA gegenüber Kuba.

Legitimität durch Transparenz

Dagegen entspringt ein Boykott zumeist von unten, aus der Zivilgesellschaft. Wer sich dieser Protestform bedienen will, muss sich über grundlegende Kriterien verständigen.

- Der Boykott muss sich gegen eine gravierende, nicht mehr erträgliche Situation richten. Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Menschenrechtsverletzungen, Missachtung der von der Völkergemeinschaft erlassenen Gesetze. Aber auch gegen die Weigerung von Regierungen und Konzernen, etwas für die Durchsetzung dieser Rechte zu tun. Im Fall Südafrika wurde die Apartheid als Verbrechen gegen die Menschlichkeit verurteilt; Israel setzt seine völkerrechtswidrige Politik gegenüber den PalästinenserInnen und bezüglich der besetzten Gebiete entgegen dutzendfacher Verurteilungen durch die Uno fort.

- Den Boykott müssen Menschen, Bewegungen, Organisationen im betroffenen Land selbst unterstützen. Von aussen verfügt, mangelt einem Boykott die politisch-ethische Rechtfertigung, weil er immer auch nicht direkt Verantwortliche trifft. Gefordert ist also die einheimische Zivilgesellschaft. Das ist ein Schlagwort, vage, aber unentbehrlich. Um die Legitimität des Protests überprüfen zu können, braucht es Transparenz über dessen Trägerschaft.

In dieser Hinsicht können die südafrikanischen Erfahrungen nur begrenzt auf den Israel-Boykott übertragen werden. In Südafrika musste die Bevölkerung im Land selbst zustimmen, die von den Menschenrechtsverletzungen betroffen war. Das war einfach und schwierig zugleich. Einfach, weil es um die Abschaffung der verhassten Apartheid ging, also um die Verbesserung ihrer eigenen Lage, und schwierig, weil durch Boykottmassnahmen kurzfristig ihre Lebensbedingungen beeinträchtigt wurden. Besonders umstritten war die Frage von Desinvestitionen. Erst ab 1985 unterstützten die südafrikanischen Gewerkschaften diese Massnahme, verlangten aber bei deren Umsetzung gewerkschaftliche Mitsprache.

Im Falle von Israel geht es um zwei betroffene Gesellschaften. Einerseits um die PalästinenserInnen, mit denen, in deren Namen und für die die Kampagne geführt wird. Andererseits um die israelischen StaatsbürgerInnen, die sich womöglich gegen das von ihrer Regierung verübte Unrecht wenden. Für sie kann nur eine moralische Pflicht geltend gemacht werden.

Die BDS-Kampagne ist 2005 von 172 palästinensischen Organisationen lanciert worden. Unterstützt wird sie von westlichen Prominenten wie Erzbischof Desmond Tutu, Noam Chomsky, der Globalisierungskritikerin Naomi



Äpfel aus Südafrika: Obwohl der Boykott kurzfristig auch den ArbeiterInnen im Land schadete, unterstützten die Gewerkschaften die Kampagne. FOTO: JOY SKIPPER, KEYSTONE

Klein, der indischen Schriftstellerin Arundhati Roy und dem britischen Filmemacher Ken Loach. In Israel haben sich der Historiker Ilan Pappé und der Politologe Neve Gordon sowie die israelische Bürgerrechtsbewegung ICAHD hinter die Forderung gestellt.

In der Schweiz, wo die Kampagne im Frühjahr 2011 durch Solidaritätskomitees mit Palästina aktualisiert worden ist, unterstützen verschiedene ParlamentarierInnen aus den sozialdemokratischen und grünen Parteien die Kampagne, aber auch etwa der Nahostspezialist Arnold Hottinger.

- Ein Boykott muss sich für genau bestimmte Ziele einsetzen und gegen genau bestimmte TäterInnen richten: für die Beseitigung der unerträglichen Menschenrechtsverletzungen, gegen die dafür Verantwortlichen und diejenigen, die sie unterstützen und zum Überleben dieses Regimes beitragen. Er darf sich nicht gegen ein Volk, eine Nation oder eine Ethnie als solche richten, sondern nur gegen eine Politik und die Institutionen, die diese Politik umsetzen und absichern helfen. Dabei geht es nicht um Bestrafung, sondern um eine Veränderung menschenrechtswidriger Machtverhältnisse. Ein Boykott gegen ein unliebsames Regime an sich, sofern ihm keine gravierenden Verbrechen nachgewiesen werden können, ist völkerrechtlich unzulässig; das zeigen immer wieder die Debatten um Uno-Sanktionen.

- Die Mittel müssen angemessen sein. Auf jeden Fall sind sie gewaltfrei. Im Verlauf der Antipartheidbewegung wurde ständig über Art, Umfang und Länge der Boykottmassnahmen diskutiert.

Kultur boykottieren?

Zumeist steht ein Waren- oder Konsumboykott im Vordergrund. Das leuchtet ein: Die Wirtschaft bestimmt unser aller Leben, wir alle kaufen ein. Ein Konsumboykott ist am einfachsten zu handhaben, und er kann viele erreichen. Die Abstimmung mit dem Einkaufskorb beeinträchtigt nicht nur die Wirtschaft des boykottierten Regimes, sondern übt auch Druck auf Importeure und Grossverleiher bei uns aus. Die Südafrika-Kampagne wurde immer wieder bei Coop und Migros bezüglich deren Einkaufspolitik aktiv, mit direkten KonsumentInnenaktionen oder offiziellen Gesprächen.

Sport wird – entgegen den Platitüden von Fifa-Boss Sepp Blatter über dessen völkerverbindende Wirkung – öfter politisch instrumentalisiert. Für die Antipartheidbewegung bekam der Sportboykott eine besondere Bedeutung, weil die südafrikanischen Sportteams selbst die Apartheid praktizierten und internationale Erfolge in Rugby und Cricket zur Identitätsstiftung des Apartheidstaates beitrugen. Aber die Wirkung eines solchen Boykotts hängt stark von der Stellung des Sports innerhalb einer Gesellschaft ab.

Am umstrittensten bezüglich der Mittel ist ein Kultur- und Wissenschaftsboykott. Während der Südafrika-Kampagne wurden westliche KünstlerInnen aufgefordert, Auftritte im südafrikanischen Freizeit- und Vergnügungskomplex Sun City – der Weissens vorbehalten war – zu boykottieren. Der Boykott

bezog sich also nicht grundsätzlich auf den gesamten Kultur- und Wissenschaftsaustausch, dem jenseits offizieller Institutionen durchaus informelle widerständige Kontakte zugestanden wurden – wobei die Diskussionen im konkreten Fall heftig und kontrovers waren.

Die BDS-Kampagne ruft im Flugblatt, das mit dieser WOZ als kommerzielle Beilage verteilt wird, zwar nur zu einem Warenboykott auf, setzt sich aber daneben auch für einen weitergehenden Kulturboykott gegenüber Israel ein. Der englische Autor John Berger hat dazu notwendige, minimale Differenzierungen vorgeschlagen. Die Staatskultur soll boykottiert, alternative Kultur, die tatsächlich zum besseren Verständnis zwischen den Gesellschaften beitragen kann, soll hingegen gerade gefördert werden. Berger betont, das müsse jeweils im Einzelfall entschieden werden. Die konkrete Ausgestaltung regelt das Leben.

Wirksam oder nicht?

Aber haben solche Boykotte überhaupt eine Wirkung? Was ist der verweigerte Kauf einer Erdnuss verglichen mit der Macht der weltweiten Rohstoffspekulationen? Tatsächlich: Ein frühzeitiger Stopp der Schweizer Goldgeschäfte mit Südafrika hätte unzweifelhaft mehr bewirkt, als es alle nicht verzehrten südafrikanischen Äpfel taten. Wenn die USA Israel die Geld- und Waffenlieferungen sperren würden, dann wäre jeder Boykott schnell überflüssig.

Und dennoch. Auch Warenboykotte haben über die direkten ökonomischen Auswirkungen hinaus Folgen. Mascha Madörin nennt zwei Hauptpunkte: erstens eine Stärkung der Opposition im Land selbst durch die internationale Solidarität. Und zweitens ein Legitimationsverlust für das Regime sowie dessen ausländische Unterstützer, wodurch die Kosten für die Aufrechterhaltung des Unrechtszustands in verschiedener Hinsicht steigen, von höheren Zinsen auf dem Kapitalmarkt bis zu grösseren PR-Anstrengungen.

Boykotte sind ein radikales Mittel einer politischen Bewegung. Nur als Teil einer solchen können sie wirksam werden, wobei sie die Bewegung ihrerseits verstärken. Nur bei klaren Forderungen und einem absehbaren Zeitrahmen versprechen sie Erfolg.

Selbstverständlich, Boykotte haben für die Boykottierenden zuweilen auch Entlastungsfunktion: Seht her, ich verzichte auf die Orange aus Haifa und begnüge mich mit Mandarinen aus den südspanischen Anbaugebieten. Aber diese moralische Befriedigung wird zumeist durch eine politische Leistung erlangt. Boykotte erfordern eine inhaltliche Auseinandersetzung mit einer konkreten politischen Situation. Und sie verlangen eine handfeste Tätigkeit. Sie betreffen uns täglich, im Denken und Handeln. Das ist ethische und zugleich pragmatische Politik.

* Mascha Madörin: «Isolate Apartheid – Free South Africa. Die internationale Debatte zu Sanktionen» (Apartheid-Connections-Materialien 3). Zürich 2005. 80 Seiten. 20 Franken (zu beziehen bei Solifonds, www.solifonds.ch). Siehe auch: www.apartheid-reparations.ch/documents/Forschung/Sanktionen.pdf